

Im Browser ansehen

TAGESSPIEGEL CIRCLE

BETA

BACKGROUND ENERGIE & KLIMA

+++ Akw-Betreiber klagen gut sechs Milliarden Euro ein +++ Hendricks: China und Europa müssen führen +++ Schwere letzte Meter bis Jamaika +++ 10.000 Politikkonzepte für Energieeffizienz +++ In Großbritannien steht Fracking zur Wahl +++ Nachhaltigkeit als Leitlinie +++

+++ Fiat-Chrysler erkennt Klage wegen schmutzigen Diesels an +++ Methanfresser in Seen entdeckt +++ Gold, Tantal, Wolfram und Zinn ab heute Konfliktmineralien +++ Personalien +++

+++ Förderung: Zweite Ausschreibung für Windenergieanlagen an Land +++ Standpunkt: Für ein Erneuerbares Mobilitätsgesetz +++ Im Porträt: Kirsten Hasberg +++

Donnerstag, 8. Juni 2017

Sehr geehrter Herr Bigge,

die handwerklichen Fehler der früheren schwarz-gelben Koalition kosten die Steuerzahler nun **6,3 Milliarden Euro** plus Zinsen. Die Akw-Betreiber haben vom Bundesverfassungsgericht bestätigt bekommen, dass die **Kernbrennstoffsteuer** gegen das Grundgesetz verstößt und damit nichtig ist. Wie das die politische Debatte befeuert, lesen Sie gleich.

BACKGROUND Presseschau

Grubengas-Nutzung im Sinne des Klimaschutzes energiate-messenger.de
Bericht: Trump schlägt Solaranlagen für Grenze vor foxnews.com
Trump macht Witze über Genehmigung der Dakota Access pipeline washingtonpost.com
Hawaii unterzeichnet Gesetzgebung um Ziele des Pariser Klimaabkommens doch zu implementieren npr.org
Diese Marinebiologin hat eine Nachricht für Klimawandel-Leugner: 'Finde Dich damit ab' time.com
Wie Klimawandel und Kinderarbeit zusammenhängen sueddeutsche.de
Emissionsausstoß in der EU steigt erstmals seit 5 Jahren euractiv.de
Brüssel plant Rahmen für Nord Stream 2 energie-und-management.de



Jens Tartler

Akw-Betreiber klagen gut sechs Milliarden Euro ein

Die Bundesregierung muss im Streit mit den AKW-Betreibern eine Schlappe einstecken. Das **Bundesverfassungsgericht** erklärte am Mittwoch die zwischen 2011 und 2016 erhobene **Kernbrennstoffsteuer** für **verfassungswidrig** und nichtig. Eon, RWE und EnBW können sich nun auf Rückzahlungen von insgesamt knapp **6,3 Milliarden Euro plus Zinsen** freuen.

„Die Steuer muss unverzüglich rückerstattet werden“, sagte **Jochen Lüdicke** von der **Rechtsanwaltskanzlei Freshfields** Tagesspiegel Background. Die Kanzlei hatte **Eon, RWE und EnBW** im Verfahren gegen die Steuer auf die Brennelemente vertreten. Auf die Rückerstattung kommen noch Zinsen von sechs Prozent pro Jahr für die Jahre 2011 bis 2013. Die Steuer wurde zwar noch bis 2016 erhoben, aber ab 2014 wurden die Steuerbescheide wegen des Gerichtsverfahrens nur noch vorläufig erlassen. Für diese Zeit muss der Bund

Sondermaßnahmen zur Kostenreduzierung einbezogen. Ein solches Ziel muss der Bank keine Zinsen zahlen. Das Finanzministerium will nun so schnell wie möglich überweisen. Die „**schwarze Null**“ im Haushalt stehe aber weiterhin. Auch ein Nachtragsetat sei wohl nicht nötig.

Der **politische Streit** um die Niederlage in Karlsruhe:

Mehr **BACKGROUND**

BACKGROUND Marktdaten

Bezeichnung	Wert	Tendenz im Vergleich zum Vortag
Wind onshore (Prod. MWh pro Tag, aktuellste Werte)	330.809,00	412.84 % 
Solar (Prod. MWh pro Tag, aktuellste Werte)	126.240,00	-22.43 % 
Epex-Spotpreis-Strom (Durchschnittspreis pro MWh)	22,66 €	4.14 % 
Ölpreis (Brent pro Barrel)	48,18 \$	-3.19 % 
Erdgaspreis (1 Mio. BTU)	3,04 \$	0 % 
Ecarbix (Preis pro Tonne CO2)	4,97 €	-3.68 % 
RENIXX© (Renewable Energy Industrial Index World)	457,83 €	-0.39 % 

Quellen: netztransparenz.de, epexspot.com, boerse.de, onvista.de, eex.com, iwr.de



Dagmar
Dehmer

Hendricks: China und Europa müssen führen

Bundesumweltministerin **Barbara Hendricks** (SPD) bleibt dabei: China, die Europäische Union, Kanada und andere Staaten müssten gemeinsam die Führung in der Klimapolitik übernehmen. Im Interview mit Tagesspiegel Background spielte sie das erste Versagen der Achse China-EU herunter.

Beim EU-China-Gipfel vergangene Woche war die eigentlich vorbereitete - und unstrittige - Klimaerklärung nicht im Gipfeldokument verabschiedet worden. Dazu sagte Hendricks: "Sowohl China als auch die EU haben verstanden, dass eine [aktive Klimaschutzpolitik ihre Volkswirtschaften modernisiert](#), Arbeitsplätze und Sicherheit schafft, die Gesundheit und den Wohlstand ihrer Bevölkerung sichert." Beide hätten ihre **Vertragstreue zum Pariser Klimaabkommen** bekräftigt. "Sie waren und sind sich darin einig, nur gab es aus anderen Gründen keine den Klimaschutz umfassende Gipfelerklärung. Sie werden unabhängig davon ihre Zusammenarbeit intensivieren", sagte sie weiter. Auch **Indien** habe sich zum Abkommen bekannt. Allerdings rechnet Hendricks dort dennoch mit dem **Bau weiterer Kohlekraftwerke**. "Wir sollten da nicht mit europäischer Überheblichkeit herangehen", sagte sie.

Trotz der Kampfansage des amerikanischen Präsidenten **Donald Trump** gegen den Klimaschutz hofft Hendricks weiter, dass beim **G-20-Gipfel in Hamburg** in einem Monat "ein Bekenntnis der G-20-Staaten zum Pariser Abkommen" möglich werde. Außerdem dringt sie darauf, die "finanziellen Zusagen" an arme Länder auch einzuhalten. Zudem verlangt sie von den G-20-Staaten nun erst recht, ihre Klimaschutzzusagen auch umzusetzen. Was bekanntlich selbst Deutschland als entwickeltem Land und trotz fortgeschrittener Energiewende nicht leicht fällt,

weder beim Kohleausstieg noch bei der "dringend notwendigen Mobilitätswende", wie Hendricks betont.

Das vollständige Interview mit **Barbara Hendricks** lesen Sie hier:

[Mehr BACKGROUND](#)



Nora Marie
Zaremba

Schwere letzte Meter bis Jamaika

In Schleswig-Holstein stehen die Zeichen auf **Jamaika**, die große Hürde Windkraft muss aber erst noch überwunden werden. Es geht um Meinungsverschiedenheiten bei Abstandsregelungen, und die sind für die Zukunft der Windkraft im Bundesland alles andere als trivial.

Nach dem Ende 2016 neu beschlossenen **Regionalplan** sind knapp **zwei Prozent** der Landesfläche als Vorranggebiete ausgewiesen. Diese Zahl ergibt sich aus dem **Energiewende- und Klimaschutzgesetz** Schleswig-Holsteins, dem zufolge dort bis 2025 etwa drei Mal so viel Strom aus regenerativen Energien erzeugt werden soll, wie verbraucht werden kann.

Die CDU hatte vor der Landtagswahl versprochen, den Abstand von Windkraftanlagen zu erhöhen – auf **500 Meter** zu Einzelhäusern und Splittersiedlungen im Außenbereich von Gemeinden und **1200 Meter** „zu Siedlungsbereichen mit Wohn- und Erholungsfunktion“. Mit solchen Regelungen würden sich die Vorranggebiete auf 1,64 Prozent der Landesfläche verringern. „Weiche Kriterien“ wie Siedlungsentwicklung würden die Fläche weiter reduzieren - auf **0,6 Prozent**. „Damit lassen sich die Vorgaben aus dem Klimaschutzgesetz nicht erfüllen“, sagt **Thorsten Roos**, Leiter des Fachbereiches Kreisentwicklung, Bau und Umwelt im Kreis Schleswig-Flensburg. Eine Möglichkeit wäre, sich den sauberen Strom aus Offshore-Anlagen vor der Küste auf das Klimaziel anrechnen zu lassen, was allerdings mit anderen Bundesländern abgestimmt werden müsste. Ebenso könnten Abstände zu Natur- und Artenschutzgebieten verringert werden. „Doch EU-Artenschutzgesetze sind ein scharfes Schwert“, so Roos. Ein neuer Regionalplan, der sie nicht beachtet, könnte später angefochten werden.

Alarm schlug am Mittwoch auch die Windbranche. „Setzt die CDU ihre Forderungen durch, bricht die ganze lokale Windindustrie zusammen“, machte sich **Reinhard Christiansen**, Landesvorsitzender des Bundesverbandes Windenergie, Luft. Die Branche beschäftigt vor Ort mehr als 12.000 Menschen.

CDU und Grüne befinden sich somit in der Zwickmühle. Opfern die Grünen „ihr“ Klimaschutzgesetz und verprellen die Windindustrie? Oder verzichtet die CDU gänzlich auf ihr Wahlversprechen? Experten vermuten, dass sich die Parteien auf **symbolische Abstandsregelungen** einigen werden. So könnten sie ihr Gesicht wahren, und würden Windindustrie, Klimazielen und Artenschutz gerecht.

Schauen Sie sich hier die unterschiedlichen **Szenarien der Regionalpläne** für Windkraft in Schleswig-Holstein an:

[Mehr BACKGROUND](#)



"Wie sollten in unserer Führungsrolle über uns hinauswachsen, egal wie tief andere sinken mögen."

Neven Mimica, Entwicklungskommissar der Europäischen Union am Mittwoch bei den Development Days in Brüssel in Anspielung auf den vom US-Präsidenten Donald Trump angedrohten Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen.

10.000 Politikkonzepte für Energieeffizienz

Gegen diese Art von Klimaschutz hat noch nicht einmal **Rick Perry** etwas

einzuwenden. Der amerikanische Energieminister nimmt gerade am **achten Saubere Energien Ministertreffen in Peking** teil. Dort präsentierte eine Koalition aus Finanzinstitutionen, der Internationalen Energieagentur und immerhin 15 der 20 G-20-Staaten [einen Werkzeugkasten](#), mit dem Investitionen in Energieeffizienz angereizt und erhöht werden sollen.

Drei Jahre lang hat eine G-20-Arbeitsgruppe an einem **Leitfaden** gearbeitet, der die Energieeffizienz voranbringen und das Geld der Investoren ins Energiesparen lenken soll. Etwa **10.000 verschiedene Politikkonzepte** haben die Effizienzfachleute dabei gefunden und bewertet. Nicht alle sind durchschlagend erfolgreich. Vor allem aber haben sie auch Subventionen gefunden, die einer höheren Energieeffizienz direkt im Weg stehen, von direkten **Energiepreissubventionen** bis hin zu mies isolierten Häusern.

2015 sind weltweit rund 221 Milliarden Dollar in Energieeffizienz investiert worden, sechs Prozent mehr als im Vorjahr. Etwa die Hälfte der Investition floss in den **Gebäudebestand**. In den entwickelten Ländern ist das der größte Posten: in der Europäischen Union sind es 80 Prozent, in Deutschland, Frankreich und Großbritannien sogar 90 Prozent der Investitionsmittel, in den USA zwei Drittel, in Indien gerade mal 19 Prozent, in China 34 Prozent. In Indien ist viel Geld in ein [landesweites Förderprogramm für die Einführung von effizienten LED-Leuchten](#) geflossen. Wenn Deutschland der Welt billige Solaranlagen geschenkt hat, dann hat [Indien der Welt billige LED-Leuchten geschenkt](#). In Indien und in China fließen viele Effizienzinvestitionen in Industrieprozesse.

Institutionelle Anleger, wie beispielsweise Versicherungen haben angefangen, Firmen, in die sie investieren wollen, darauf zu überprüfen, ob sie mit ineffizienten Anlagen, Prozessen und Gebäuden das Geld ihrer Anleger verschwenden. Immerhin fünf Prozent der Anlagesumme von Versicherern folgt bereits diesen Ratschlägen der G-20-Effizienz-Gruppe.

Interessant ist auch, wie [Frankreich](#) das Problem mit der Sanierung seines ineffizienten Gebäudebestands seit der Einführung des Energie-Transitionsgesetzes 2015 in den Griff bekommen will. Im Gegensatz zu Deutschland, wo seit fast einem Jahrzehnt über eine [steuerliche Förderung der energetischen Sanierung](#) diskutiert wird, hat Frankreich sie sofort eingeführt. Vor allem Häuser der ärmeren Bevölkerung wurden saniert. Da das nicht von allein geht, und die Bewohner höhere Mieten auch nicht zahlen können, hat Frankreich einen **Energiewende-Garantie-Fonds** eingerichtet, der verhindern soll, dass die Mieter nach der Sanierung verdrängt werden. Ob das erfolgreich ist, wird sich erst in den kommenden fünf Jahren zeigen. Aber es lohnt sich, dann noch mal genau hinzusehen. *Dagmar Dehmer*



Susanne
Ehlerding

In Großbritannien steht Fracking zur Wahl

Wenn am heutigen Donnerstag in **Großbritannien** gewählt wird, ist dies vor allem dem Machtkalkül von Premierministerin **Theresa May** geschuldet. Nach eigenen Angaben hatte sie die Neuwahlen zweieinhalb Jahre vor dem ursprünglichen Termin ausgerufen, um bei den **Brexit-Verhandlungen** eine starke Verhandlungsposition gegenüber der EU zu haben.

Matthias Buck von **Agora Energiewende** und **Martin Nesbit** vom **Institute for European Environmental Policy** halten das für vorgeschoben. Sie sehen den wahren Grund in dem Wunsch, die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen des Brexit möglichst weit weg von den nächsten Wahlen zu schieben. Diese werden nun erst 2022 stattfinden. Bis dahin wird Großbritannien schon drei Jahre lang nicht mehr in der EU sein. Den Austritt hatte das Land im März dieses Jahres erklärt. Nach zwei Jahren erfolgt automatisch das Ende der Mitgliedschaft.

Ein wichtiges energiepolitisches Unterscheidungsmerkmal der jetzt zur Wahl stehenden Parteien sei ihre Haltung zum **Fracking**, berichtet Martin Nesbit. Die Konservativen sind dafür. Fracking würde den Preisvorteil der erneuerbaren Energien schwächen, sagt Nesbit. Kurzfristig könnte man mit mehr Gasnutzung die Klimaziele zwar schneller erreichen. Langfristig sei ein Ausbau der erneuerbaren Energien aber richtiger.

Für Nesbit ist jetzt die wichtigste Frage, inwieweit das Land noch zu den **Emissionsminderungszielen der EU** bis 2030 beiträgt. „Großbritannien hat hier mehr geleistet als der Durchschnitt der Länder. Wenn das in Zukunft nicht mehr der Fall sein sollte, müssten die anderen EU-Staaten mehr tun, um die Ziele zu erfüllen, die sie in Paris unterschrieben haben.“

Welche Folgen der Brexit außerdem für die Energiepolitik hat:

Mehr **BACKGROUND**

Nachhaltigkeit als Leitlinie

Neven Mimica hat die den europäischen Entwicklungstagen in Brüssel einen [neuen Entwicklungskonsens](#) mitgebracht. Die 28 EU-Staaten, der Entwicklungskommissar und das Europäische Parlament haben sich darauf geeinigt, dass die Entwicklungsmittel künftig vor allem dazu dienen sollen die [17 globalen Nachhaltigkeitsziele](#) und das Pariser Klimaabkommen umzusetzen, die beide 2015 beschlossen worden sind.

Doch [Neven Mimica](#) reicht das nicht. Denn "die globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals SDGs) sind für alle da". Zwar hat die EU-Kommission im vergangenen November eine [Kommunikation zur nachhaltigen Zukunft Europas](#) vorgelegt. Doch besonders überzeugend fanden das nicht viele. Denn noch ist das kein Plan, wie die EU die SDGs auch in den eigenen Mitgliedsländern umsetzen könnte. Ende des Monats soll ein Folgepapier veröffentlicht werden, erfuhrt Tagesspiegel Background am Rande einer Veranstaltung bei den [Entwicklungstagen](#) in Brüssel.

Mimica will sich damit nicht zufrieden geben. Wie die Umsetzung der SDGs entwicklungsseitig funktionieren soll, hat er nun vorgelegt. Aber auch die EU müsse von der alten Strategie runter, **immer nur mehr Wachstum** anzustreben, "ohne zu fragen, ob das sozial inklusives Wachstum ist, oder ein nachhaltiges Wachstum, das die Umwelt nicht zerstört". Das sei genauso wie die SDG-Vorgängerziele, die **Millieniumsziele**, bei denen durch immerwährendes Wachstum die extreme Armut bekämpft werden sollte, ohne nach den Effekten dieses Wachstums zu fragen." Dabei sind die Themen viel enger verknüpft", sagt Mimica. Und dem werden die SDGs nun gerecht, nicht aber der erste Entwurf einer neuen Nachhaltigkeitsstrategie der EU. Das hat auch **Barbara Hendricks** im [Interview](#) bemängelt. *Dagmar Dehmer*

BACKGROUND Förderung

Zweite Ausschreibung für Windenergieanlagen an Land

Die **Bundesnetzagentur** hat die **zweite Ausschreibungsrunde für Windkraftanlagen** an Land eingeläutet. **Gebotstermin ist der 1. August 2017**. Seit 2017 werden Ausschreibungen durchgeführt, um die finanzielle Förderung von Erneuerbaren-Energien-Anlagen zu ermitteln. Davon betroffen sind Anlagen mit einer installierten Leistung von über 750 Kilowatt. In diesem Jahr wird es noch eine weitere Ausschreibungsrunde geben.

Das Höchstgebot darf 7 Cent/Kilowattstunde nicht überschreiten, und der Wert soll sich auf ein [Referenzgebiet](#) beziehen. Für die **Teilnahme an Geboten für eine Windkraftanlagen an Land** wird **vorausgesetzt**, dass die Anlage eine **Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG)** erhalten hat und die Genehmigung im Anlagenregister bei der Bundesnetzagentur **drei Wochen vor dem Gebotstermin** registriert wurde.

[Bürgerenergiegesellschaften](#) haben vom Gesetzgeber einige Erleichterungen bei den **Ausschreibungsverfahren der Windenergieanlagen an Land** eingeräumt bekommen. *Peter Crain*

Mehr Informationen zur **aktuellen Ausschreibung** erhalten Sie hier:

Mehr **BACKGROUND**

BACKGROUND Nachrichten

Fiat-Chrysler erkennt Klage wegen schmutzigen Diesels an

Kurz vor einem Gerichtstermin am 8. Juni hat Fiat-Chrysler Deutschland alle Punkte einer [Klage](#) wegen falscher Werbeaussagen zum Diesel-Fiat 500x 2.0 anerkannt. Das teilt die Deutsche Umwelthilfe (DUH) mit. Fiat-Chrysler habe gegenüber dem Landgericht Frankfurt schriftlich erklärt, nicht weiter zu behaupten, das Fahrzeug habe einen „geringen Schadstoffausstoß“ und einen „umweltfreundlichen Motor“.

Messungen der DUH hatten gezeigt, dass das Fahrzeug im Schnitt 823 Milligramm Stickoxide pro Kilometer ausstieß, das 22-fache des Grenzwertes. Nach einem Softwareupdate sei es immer noch das Zehnfache, berichtet die DUH. Im Mai hatte die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Italien wegen nicht rechtmäßiger Euro-6-Typzulassungen bei Fiat-Chrysler eingeleitet. *sue*

Methanfresser in Seen entdeckt

Eine Bakterienart mit dem Namen Brunnenfaden kommt auch in Seen vor und ist dort der wichtigste Methanfresser. Das haben Wissenschaftler zufällig bei Untersuchungen im Luzerner Rotsee und im Zugersee [festgestellt](#). Die sehr langen, fädigen Crenothrix-Bakterien waren bisher nur aus Trinkwassersystemen bekannt. Dort können sie sich so stark vermehren, dass sie Rohre verstopfen.

Marcel Kuypers vom Max-Planck-Institut für marine Mikrobiologie in Bremen sieht eine Einsatzmöglichkeit von Crenothrix im Klimaschutz: Die Bakterien könnten genutzt werden, um Methanemissionen von industriellen und kommunalen Abwässern zu reduzieren, weil es relativ schnell wachsende Organismen seien, die sich wegen ihrer fadenförmigen Gestalt relativ einfach von geklärtem Wasser trennen ließen. *sue*

Gold, Tantal, Wolfram und Zinn ab heute Konfliktmineralien

Eine Konfliktmineralien-Verordnung der EU tritt am heutigen Donnerstag in Kraft. Sie soll gewährleisten, dass durch den Import von Gold, Tantal, Wolfram und Zinn in die EU keine Konflikte oder Menschenrechtsverletzungen finanziert werden. Die Rohstoffe werden unter anderem auch bei der Herstellung von Solar- und Windkraftanlagen genutzt. Ab 2021 müssen Unternehmen über die Einhaltung ihrer Sorgfaltspflichten beim Import berichten. Menschenrechtsorganisationen kritisieren, dass die Verordnung zu viele Schlupflöcher lasse und dass mit Lithium und Kobalt Rohstoffe unberücksichtigt blieben, die für Zukunftstechnologien wichtig seien. *sue*

Personalien

Stephan Kamphues wird zum 1. Juli Geschäftsführer von Vier Gas Transport. Seine bisherige Position als Sprecher der Geschäftsführung von Open Grid Europe wird **Jörg Bergmann** übernehmen.

(Quelle: open-grid-europe.com)

BACKGROUND Standpunkt

Für ein Erneuerbares Mobilitätsgesetz



Andreas Knie,
Innovationszentrum für
Mobilität und
gesellschaftlichen
Wandel

Für ein Erneuerbares Mobilitätsgesetz

Die Elektromobilität kommt nicht in die Gänge. In Umfragen wird zwar überall gemutmaßt, dass es bald losgeht. Alleine, es tut sich so gut wie nichts. **Nicht einmal 100.000 rein elektrische Fahrzeuge** sind bis Ende Juni 2017 zugelassen. Das große Ziel, eine Million Fahrzeuge bis 2020 auf Deutschlands Straßen zu haben, wurde von der Kanzlerin bereits kassiert.

Warum ändert sich nichts? Dies liegt daran, dass der Wandel in Deutschland lediglich durch eine **Förderung der Forschung** an Batterien, Antrieben und Infrastrukturen vorangetrieben werden sollte. Das **ändert aber nichts an den Realitäten** herrschender Gesetze und Verordnungen. Was gebraucht wird, sind Änderungen in der Verkehrspolitik, die jahrelang nur ein Ziel kannte: die Verbreitung des privaten Kfz mit Verbrennungsmotor. Ich schlage daher ein „Erneuerbares Mobilitätsgesetz“ vor, das die technologische Kompetenz mit neuen Anreizen zu Verhaltensänderungen und einer **Neuordnung der Verkehrslandschaft** verbindet.

Den **vollständigen Standpunkt** von **Andreas Knie** lesen Sie hier:

[Mehr BACKGROUND](#)

BACKGROUND Im Porträt



Kirsten Hasberg

Beraterin für die Digitalisierung der Energiewirtschaft

Kirsten Hasberg war 17 Jahre alt, als sie im Kopenhagener Parlament einen Vortrag **Hermann Scheers** über erneuerbare Energien in Afrika hörte. Hasberg, die sich schon als Kind für Elektroautos begeisterte, stellte im Anschluss viele Fragen.

Scheer war so beeindruckt von der jungen Dänin, dass er kurzerhand eine Einladung zum Mittagessen im Parlamentsrestaurant sausen ließ, um sich mit ihr ausführlich unterhalten zu können. „Er riet mir, in Berlin zu studieren und bei ihm Bundestag zu arbeiten.“ Hasberg entschied sich für ein VWL-Studium in Kopenhagen, legte aber ein Semester in Berlin ein und folgte Scheers Angebot.

Zurück in Dänemark, hielt Hasberg es bei ihren ersten Arbeitgebern nur kurz aus: Ein Jahr lang war sie für **Energinet.dk** tätig, den dänischen Übertragungsnetzbetreiber. Dann ging sie für ein Jahr zu einem Forschungsinstitut. Doch der Drang, etwas Eigenes zu machen, war stärker. „Ich wollte Videos nutzen, um die Energiewirtschaft für Verbraucher verständlicher zu kommunizieren“, erklärt Hasberg.

Sie nahm ihr Ersparnis in die Hand, ging zurück nach Berlin und erdachte sich das „**EnergyDemocracy TV**“. Eine extra aufgesetzte Crowdfunding-Kampagne scheiterte zwar, doch Hasberg arbeitete hartnäckig daran weiter, die Medien- und Energiewelt miteinander zu verknüpfen. Digitale Geschäftsmodelle wurden ihr Spezialgebiet, zu dem sie mittlerweile an der IT-Universität in Kopenhagen unterrichtet.

Das Thema allerdings, bei dem ihr die deutsche Energiebranche derzeit zu Füßen liegt, heißt **Blockchain**. Dank Blockchain-Technologien soll es Verbrauchern möglich sein, selbst geringste Mengen Strom mal hier und mal dort zu kaufen. „Da alles dezentral verläuft, ist ein direkter Stromhandel zwischen den Akteuren möglich, mit niedrigen Transaktionskosten“, erklärt Hasberg. Eine echte Revolution für den Energiemarkt, und die 32-Jährige spricht darüber auf Konferenzen, vor Energiekonzernen und Verbänden.

Ihr Wissen über die Möglichkeiten von Blockchain in der Energiewirtschaft

baut Hasberg derzeit in der Initiative **Blockchain Hub Berlin** und in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Dänemarks aus. Doch sie hat schon das nächste Projekt gestartet: Das Start-up **StromDAO** bindet interessierte Stromkunden ein und will die Blockchain-Technologie nutzen, um neue Stromprodukte auf den Markt zu bringen.
Nora Marie Zaremba

Wer ist Ihr Stromanbieter, warum gerade dieser?

Bisher immer Naturstrom, aber ich wechsele gerade zur StromDAO.

Was muss passieren, damit Sie ein E-Auto kaufen?

In Berlin, wo ich wohne, brauche ich eigentlich kein Auto. Aber ich würde mir das neue Tesla-Modell 3 zulegen, weil es im Vergleich zum Modell S erschwinglich ist.

Wer aus der Energie- und Umweltszene hat Sie beeindruckt?

Natürlich Hermann Scheer.

Was war für Sie die wichtigste Energie-Innovation der vergangenen Jahre? Welche würden Sie sich wünschen?

Ich halte den Preisverfall bei der Batterien-Technologie für essenziell für den Erfolg der Energiewende. Ich würde mir eine Regulierungsinnovation wünschen, die dazu führt, dass Verursacher von CO2 endlich für ihre Schäden zahlen.



Ihr **BACKGROUND**-Team

Peter Crain



Hendrik Köstens



Susanne Ehlerding



Dagmar Dehmer



Nora Marie Zaremba



Jens Tartler



- Fotohinweise -
InnoZSilke Reents

BACKGROUND Energie & Klima erscheint täglich als E-Mail-Briefing gegen 6 Uhr. **BACKGROUND** bestellen Sie unter background.tagesspiegel.de.

- IMPRESSUM -

Verlag Der Tagesspiegel GmbH, Askanischer Platz 3, 10963 Berlin
Geschäftsführer: Florian Kranefuß (Sprecher), Farhad Khalil, Ulrike Teschke
Chefredakteure, v.i.S. von §55 Abs. 2 RStV: Stephan-Andreas Casdorff, Lorenz Maroldt
AG Charlottenburg HRB 43850, UID: DE 151725755, Fax: (030) 29021-599
Redaktion: Peter Crain, Dagmar Dehmer, Susanne Ehlerding, Hendrik Köstens, Jens Tartler, Nora Marie Zaremba
Fragen zu redaktionellen Inhalten, zum Datenschutz & technischen Problemen:

background.energie@tagesspiegel.de
Fragen zu Anzeigen: anzeigen@tagesspiegel.de
Fragen zum Abonnement: background.vertrieb@tagesspiegel.de
[DATENSCHUTZ](#) | [KONTAKT](#) | [IMPRESSUM](#)

Sie wollen das BACKGROUND-Briefing nicht mehr erhalten?
Einfach hier klicken: [Briefing abbestellen](#)